Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/4915

12. 05. 93

Sachgebiet 2127

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Otto Schily, Ingrid Becker-Inglau, Michael Müller (Düsseldorf), Horst Peter (Kassel), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 12/2580, 12/4626 —

Kindergesundheit und Umweltbelastungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

„Alle Krankheiten", so der Sachverständigenrat für Umweltfragen, „sind letzten Endes auf genetische Ursachen oder solche aus der Umwelt zurückzuführen, in der Regel aber tragen genetische und Umweltfaktoren zum Krankheitsgeschehen bei." Mit dem Anwachsen der Umweltbelastungen und einer zunehmend streßbestimmten Arbeits- und Lebenswelt hat sich das Entstehen von Krankheiten verändert: Chronisch-degenerative Erkrankungen treten in den Vordergrund. Es handelt sich dabei um Komplexkrankheiten, bei denen über eine lange Zeit eine Fülle verschiedener Umwelttoxen in den Körper eindringen und im Zusammenspiel mit anderen Faktoren das körpereigene Widerstandspotential schwächen.

Schadstoffe gelangen auf den verschiedensten Wegen in die Umwelt und werden beim Essen, Atmen, Arbeiten und Spielen in kleinen Mengen aufgenommen. Hauptleidtragende sind Kinder. Daß Kinder sehr viel anfälliger für Gifte sind, ergibt sich bereits aus dem Größenunterschied: Im Verhältnis zur Hautoberfläche haben sie sehr viel weniger Gewicht. Im Vergleich zum Erwachsenen liegt es bei 1 zu 3. Weil viele Stoffe überall vorkommen, dringen sie sogar durch die bis zum 3. Lebensjahr besonders durchlässige Haut. Auf bestimmte Gifte reagieren Kinder weitaus empfindlicher als Erwachsene, und einige umweltbedingte Krankheiten, zum Beispiel Schleimhautschwellungen im Kehlkopfbereich, treten nur im Kindesalter auf. In erster Linie gelangen diese Gifte über die Nahrung in den Körper. Doch Kleinkindern fehlen noch wichtige Abwehr- und Reparaturstoffe, um den Schädigungen entgegenzuwirken. Die schwächere Konstitution der Kinder verstärkt den Belastungsstreß für den Körper.

Die gesundheitlichen Folgen der Umweltbelastungen für Kinder sind in Ost- und Westdeutschland sehr unterschiedlich. Während im Westen Allergien im Vordergrund stehen, nehmen im Osten Atemwegserkrankungen den ersten Platz ein. Obwohl es ein eindeutiges Forschungsdefizit gibt, belegen jetzt schon zahlreiche Untersuchungen ein bedrohliches Ansteigen von Allergien, Atemwegserkrankungen und Immundefekten bei Kindern und Jugendlichen.

„Methodische Schwierigkeiten und wissenschaftliche Kenntnislücken", so schreibt der Sachverständigenrat für Umweltfragen „dürfen nicht zu Lasten der Bevölkerung gehen. Dies wäre jedoch der Fall, ließe man Expositionen grundsätzlich so lange zu, bis ein methodisch anerkannter Nachweis der Gesundheitsursachen erbracht ist." Die Grenzen der heutigen Umwelt- und Gesundheitspolitik werden deutlich, weil die schädlichen Umwelteinflüsse nicht von Anfang an minimiert und zurückgedrängt werden. Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion über „Kindergesundheit und Umweltbelastungen" zeigt erneut, daß erhebliche Wissenslücken und Forschungsdefizite bestehen. Der Bundestag kritisiert die Bundesregierung, daß sie dem Zusammenhang zwischen Umwelt und Gesundheit noch immer zu wenig Aufmerksamkeit widmet. Vor allem aber sind die Taten viel zu gering, um den bekannten Gefahrenursachen vorsorgend entgegenzuwirken.

II.

Deshalb fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf, eine konsequente Ursachenbekämpfung zu betreiben und das Gesundheitswesen um die umweltmedizinische Forschung und Therapie zu erweitern.

1. Ausbau der epidemiologischen Forschung über den Zusammenhang von Umwelt und Gesundheit, Einbeziehung der Umweltmedizin in die Ärzteausbildung und Einrichtung von umweltmedizinischen Instituten.

2. Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für eine umwelt- und gesundheitsverträgliche Stoffwirtschaft, die von Anfang an problematische Stoffe ausschließt und ökologische Innovationen fördert.

3. Verbesserte Aufklärung über gesunde Ernährung, einschließlich einer gesundheitlich und ökologisch ausgerichteten Reform des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes, um biologische und naturbelassene Produkte wirksam zu schützen und zu fördern.

4. Wirksamer Nichtraucherschutz. Der Zigarettenverbrauch muß weiter zurückgedrängt werden, auch durch Einschränkungen in der Werbung.

Bonn, den 12. Mai 1993

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 5300 Bonn 1, Telefon 91 78 10